Nr. 97 August 2007

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Grüne Konzepte für

DIE RENAISSANCE DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

München zählt zu den am dichtesten bebauten Städten Deutschlands. Die GRÜNEN befürworten aus ökologischen Gründen diese Dichte. Sie ist Voraussetzung für eine Stadt der kurzen Wege und für die Rentabilität von wichtigen Infrastruktureinrichtungen. Die dichte Bebauung ist aber nur auszuhalten, wenn qualitätsvolle öffentliche Räume zur Verfügung stehen und grüne Wegenetze die Stadt flächendeckend erschließen.

Auch wenn der Radverkehr wegen Regenwetters mal nicht nicht so stark ist, kommt es am Marienplatz regelmäßig zu chaotischen Situationen

Die plurale Stadtgesellschaft, in der sich die Menschen immer mehr individuell verwirklichen, benötigt Kommunikationsräume, damit die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet und die Menschen nicht vereinsamen. Dabei kommt den öffentlichen Räumen als Orten der Begegnung eine besondere Bedeutung zu.

Imposante Säulenpappeln in der Leopoldstraße, Piazza-Flair am Rindermarkt, weitläufige Wiesen an der Isar – die Liste der stadtbildprägenden Freiräume Münchens ließe sich lange fortsetzen. Neben der Hochbau-Architektur schafft die Ästhetik der Straßen, Plätze und Grünanlagen die unverwechselbare Gestalt, die eine Stadt für ihre BewohnerInnen und BesucherInnen gleichermaßen anziehend macht.
Nicht zuletzt bieten die öffentlichen Räume Aufenthalts- und Entfaltungsmöglichkeiten für Menschen, die sich keine großen Wohnungen und weite Reisen leisten können. Als Bewegungs- und „Lärm"-Räume sind sie auch ein wesentlicher Bestandteil einer kinderfreundlichen Stadt. Es gibt also genug Gründe, sich für schöne und vielfältig genutzte öffentliche Räume einzusetzen. Die Renaissance des öffentlichen Raumes in anderen Großstädten wie Barcelona ist hierbei Vorbild. Diese keineswegs zufällige Entwicklung wurde von mutigen Politikern und engagierten Verwaltungsmitarbeiten durch ehrgeizige Programme gefördert.

Was drin ist

Seite

10 Impulse für München.....3
Das Konzept für die Altstadt.....5
Immer mehr Videokameras.....7
Olympia München 2018.....10
Integrationsgipfel.....12
Arbeit durch EQUAL.....13
Wo bleben die Kids?.....15

Markt- und Spielstraßen, grüne Oasen und Stadtplätze, Dialog statt Konfrontation, Belebung statt Überwachungskameras – diese Begriffe umreißen die Ziele der GRÜNEN für den öffentlichen Raum.
Gelungene öffentliche Räume sind für die GRÜNEN Voraussetzung für gelungenes urbanes Leben und urbane Demokratie. In den vergangenen Jahren wurde unter rot-grün einiges für den öffentlichen Raum getan. Es entstanden schöne Plätze wie der Rindermarkt oder der St. Jakobsplatz, in vielen Quartieren wurde das Wohnumfeld durch neue Oasen und Spielräume aufgewertet wie z.B. am Georg-Freundorfer-Platz im Westend. Den Grünen ist es zu verdanken, dass Initiativen zur Belebung des öffentlichen Raumes wie das Streetlife-Festival nicht am Amtschimmel gescheitert sind und geradezu ein Kulturwandel Richtung offener und belebter Stadt auf Münchens Straßen und Plätzen stattgefunden hat.

In der Residenzstraße wird es regelmäßig eng für die vielen Nutzer.

Immer mehr Überwachung

Doch der öffentliche Raum und das öffentliche Leben sind auch gefährdet: Der 11. September 2001 wirft seine Schatten. Überwachung, Kontrolle, Platzverweise sind für immer mehr Menschen selbstverständlich.Die Grünen wollen der Tendenz der überwachten Öffentlichkeit das Konzept eine wachen Öffentlichkeit entgegenstellen. Belebte Plätze statt Kontrolle. Toleranz statt Ausgrenzung.
Die Autos dominieren zunehmend den öffentlichen Straßenraum. Fußgänger, spielende Kinder, Erholungssuchende haben das Nachsehen. Wir wollen den Straßenraum für urbanes Leben wiedergewinnen.
Die für die Stadt der kurzen Wege notwendige Dichte engt die Menschen ein. Das private Grün verkommt zu Handtuchgärten, Feuerwehrzufahrten oder Autostellplätzen. Die zunehmende Intoleranz z.B. gegenüber Kinderlärm tut das Ihrige. Deshalb braucht es als Ausgleich für die Wohnbevölkerung dringend qualitätsvolle öffentliche Räume und grüne Wegenetze.

Immer weniger Spontaneität

Spontanes Leben auf den Straßen und Plätzen, Nachbarschaftsfeiern und Stadtteilkultur ersticken an der Bürokratie und den hohen Gebühren. Hier braucht es eine radikale Vereinfachung. Anlass genug also, sich für den öffentlichen Raum stark zu machen.
Der öffentliche Raum mit seiner Vielfalt an Themen ist in jedem Stadtviertel präsent und heiß diskutiert. Eine Befragung der grünen Bezirksausschussmitglieder über ihre drängendsten Probleme und ihre Initiativen zu öffentlichen Räumen sowie die Zusammenschau der Stadtratsarbeit der letzten Jahre ergab – am Beispiel zahlreicher Orte in der ganzen Stadt – eine große Vielfalt an Handlungsfeldern, wobei die bauliche Gestaltung von Plätzen nur ein Teil davon ist. 10 grüne Impulse für den öffentlichen Raum kristallisierten sich heraus.
Das Ergebnis unserer Analyse zum öffentlichen Raum in München und die 10 grünen Impulse wird der Stadtratsfraktion und den grünen Bezirksausschussmitgliedern als Grundlage für die weitere kommunalpolitische Tätigkeit und Initiativen dienen. Die grün-rosa Stadtratsfraktion, die grünen Bezirksausschussmitglieder und die Ortsvereine sowie der grüne Kreisverband München haben am 10.August 2007 mit einer Pressekonferenz eine gemeinsame Kampagne für die Renaissance der öffentlichen Räume in München eröffnet.*
Der grüne Stadtverband, die Stadtratsfraktion und die Grünen im BA 1 haben mit einem Antragspaket auf die aktuellen Diskussionen um den Marienplatz und die Raddurchfahrt der Altstadt reagiert (S.5).
Diesen Initiativen der Altstadt werden weitere Initiativen zur Renaissance des öffentlichen Raumes folgen. Darüber hinaus plant die grün-rosa Stadtratsfraktion eine Veranstaltungsreihe, in der Themen zur Sprache kommen, die uns zum öffentlichen Raum beschäftigen und die mitunter auch zu heftigen Diskussionen im Stadtrat und in den Bezirksausschüssen führen (siehe Veranstaltungskonzept Seite 5).

**Die grünen Konzepte für den öffentlichen Raum werden außerdem in einer Wahlkampfzeitung des Kreisverbandes publiziert. Diese Zeitung soll stadtviertelbezogene Einleger bekommen, in dem die konkreten Initiativen der Grünen vor Ort sowie die BA-Arbeit anschaulich vorgestellt werden.*

Liebe Leserinnen und Leser,

eine sogenannte OB-Vertretung ist bei Stadträten eine durchaus beliebte Abwechslung. Man vertritt den Oberbürgermeister bei einem offiziellen Anlass, weil er wegen des übervollen Terminkalenders nicht präsent sein kann. Meist gibt es Reden anzuhören, bisweilen auch selbst ein Grußwort zu sprechen, kurz: man kommt unter Leute und hat die Chance, „bella figura“ zu machen.
Natürlich weiß man im OB-Büro auch, wer im Stadtrat sich für welchen Anlass eignet. Und weil man weiß, dass Grünen-Fraktionschef Benker einen sehr genauen Blick für den Umgang mit der NS-Geschichte hat, bittet man ihn ab und an um eine entsprechende Vertretung. Zum Beispiel am 14. September im Justizpalast, wo Dr. Beate Merk, Staatsministerin der Justiz, die Ausstellung über die Prozesse gegen die Mitglieder der Weißen Rose eröffnen wird.
Aber leider, leider – auch der Grüne Fraktionschef ist verhindert. Er hat sich nämlich zur gleichen Zeit in einem anderen Gerichtsgebäude zu verantworten, weil er in angeblich rechtswidriger Weise dazu aufgerufen haben soll, eine Veranstaltung der NPD zu stören. In erster Instanz gab es einen Freispruch, aber das lässt der Staatsanwalt nicht so einfach auf sich sitzen. Wer hier den Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ ernst nimmt und dafür sorgt, dass die Neonazis ihren braunen Dreck nicht völlig reaktionslos ausgießen können, der muss damit rechnen, dass die Staatsanwaltschaft alle ihre Mittel ausschöpft, um ihn vor Gericht zu zerren.
Vielleicht sollte Sigi Benker doch lieber zur Eröffnung der Ausstellung gehen und seinen Gerichtstermin platzen lassen. Die Staatsanwaltschaft könnte den Vertreter des Münchner OB bei einer Veranstaltung, die der Erinnerung an den Widerstand gegen die Nazis gewidmet ist, im Angesicht der Justizministerin verhaften und zwangsweise vorführen lassen, weil er den Protest gegen deren Erben für eine Pflicht hält.
So ein schöner Skandal kann ja gelegentlich auch heilsam sein.

Markus Viellvoye

10 GRÜNE IMPULSE FÜR DIE ISARMETROPOLE

Bühne Stadt: Boulevards, Stadtplätze und Oasen

Die erste Assoziation zu öffentlichen Räumen ist häufig ihre Gestaltung. Nicht zu unrecht. Denn die Ästhetik und auch die Nutzbarkeit der Plätze, Parks und Straßenräume spielen eine wesentliche Rolle dafür, wie diese Orte angenommen werden.
Die Liste der Freiräume, die nach gestalterischen Maßnahmen schreien, ist lang. In der Platzstudie des Baureferats 1991 wurden mehrere hundert Plätze als dringend handlungsbedürftig eingestuft. Von den 787 untersuchten Plätzen sind bei 11,2 % Verbesserungen sehr dringend notwendig, bei 11,3% sind sie dringend notwendig und bei weiteren 16,9% halten die Fachleute Verbesserungen für notwendig.
Darüber hinaus gibt es viele Wohnquartiere, die neue öffentliche Räume benötigen. Diese Gelder sind trotz knapper öffentlicher Kassen gut angelegt. In einigen Fällen bringen Zwischenschritte schon einiges an Aufenthaltsqualität, z.B. Wochenmärkte.
Das Spektrum ist riesig: Hauptverkehrsstraßen werden zu belebten Boulevards. Verödete, hässliche oder nicht optimal nutzbare Plätze wie der Harras, der Oertelplatz oder der Hans-Mielich-Platz brauchen dringend eine Schönheitskur. Dicht bebaute Wohnquartiere gewinnen durch kleine Oasen, die auf vielfältige Weise entstehen können, z.B. Verengung von Straßenflächen, Spielstraßen, Schulhoföffnungen oder Bäume, Bänke und Brunnen.

Einkaufen gehen statt shoppen fahren

Eine vorausschauende Politik fördert den Einzelhandel in den Stadtteilen und schafft dabei öffentliche Räume, die zum Verweilen einladen. Häufig bestimmen jedoch verkehrsreiche Straßen und unpassierbare Blechschlangen das Bild in den Ortszentren. Mehr Fußgängerzonen bzw. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sorgen für die gestalterische Aufwertung der Stadtteilzentren. Der öffentlichen Nahverkehr ist dabei ein wichtiger Kristallisationspunkt. Die geplante Verkehrsberuhigung im Pasinger Zentrum haben die GRÜNEN wesentlich vorangetrieben. Hoher Handlungsbedarf besteht z.B. am Ratzingerplatz, in der Baumkirchner Straße, im Laimer Ortszentrum an der Fürstenrieder Straße, am Hanns-Seidel-Platz/Thomas-Dehler-Straße und noch an vielen anderen Plätzen.
Die Renaissance der öffentlichen Räume und der urbanen Stadtkultur gehen Hand in Hand mit der Förderung der Stadtviertelzentren und der Stadt der kurzen Wege.

Brücken bauen

Verkehrsschneisen und auch die Isar teilen Stadtviertel und zwingen Fußgänger zu Umwegen. In den vergangenen Jahren war es Praxis der Münchner Stadtpolitik, im Zuge von Neuplanungen solche Barrieren zu überwinden - z.B. die Brücke über die Ganghoferstraße und der Radweg über den Frankfurter Ring entlang der geplanten Tram 23. Wenn auch mancherorts einfache Maßnahmen wie Mittelinseln viel bewirken, so sind andernorts größere Investitionen nötig, etwa für eine Fuß- und Radwegebrücke über die Isar auf Höhe der Klenzestraße und die Verbindung über den Oskar-von-Miller-Ring.

Grüne Perlenketten...

Über ruhige Wohnstraßen, Grünanlagen und gelegentlich entlang von größeren Alleen durchziehen Grünverbindungen die Stadt. Unterschiedlichste Stadtbereiche und auch das Umland werden verbunden. Im bestehenden Netz gibt es aber noch zu große Maschen. Es ist daher sinnvoll, bestehende Grünverbindungen zu stärken und neue schaffen. Beispiele sind die zwei Wegerouten der „Haderner Perlschnüre“ (zwischen Groß- und Kleinhadern und zwischen Lochhamer Schlag und Waldfriedhof) oder eine neue Verbindung zwischen Münchner Freiheit und Fröttmaninger Heide entlang der (verlängerten) Tram 23.

Klappe, die letzte! Stadtluft macht frei!!!

Längst ist jeder im öffentlichen Raum nicht nur potentiellen Gefahren ausgesetzt – sondern stellt immer auch potentiell eine Gefahr dar. Alle Menschen im öffentlichen Raum stehen unter Generalverdacht. Und zu unser aller Sicherheit werden wir alle überwacht. Mit immer besserer Videotechnik soll der öffentliche Raum kontrollierbar bleiben - und damit natürlich jeder Einzelne von uns. Das Anarchisch-Freie des urbanen Raums ist unter Dauerkontrolle gestellt. Wer Stadtluft atmet, wird dabei auch gefilmt. Wenn der Staat in die Persönlichkeitsrechte eingreift, sind ihm hohe Schranken gesetzt – aber bei der Kontrolle des öffentlichen Raumes werden immer mehr Schranken eingerissen. (S. dazu den ausführlichen Artikel auf S. 7).

Zeit-Räume! Temporäre Bürgerstraßen

In temporären Familienstraßen werden vor der Eisdiele, neben dem Spielplatz, mitten in den Stadtvierteln von Samstag 16.00 Uhr bis Sonntag 22.00 Uhr die Parkstreifen hochgeklappt, die Gehsteige ausgeklappt und der Asphalt zu Bürgerstraßen. Vorbild ist Paris: Dort werden für die „Journee du Pieton“ in den Stadtvierteln regelmäßig Straßen in den Stadtvierteln zur Wochenend-Flaniermeile.
Gleiches soll zur Mittagszeit von 12.00 – 14.00 Uhr geschehen. San Francisco macht‘s vor: dort werden mittags fest installierte Schranken ausgeklappt und die Restaurants bringen Freischankflächen auf die Straße - auch ein Beitrag zur Entrümpelung der Bürgersteige. Eine weitere Idee: In Klein-Istanbul in der Goethestraße wird Samstag morgen die gesperrte Straße zum Marktboulevard.
Auch die Wochenmärkte könnten zukünftig nach dem Vorbild Berlins auf kleinen Straßen stattfinden. Dadurch wird auf den Stadtviertelplätzen Raum für spontanes Leben gewonnen.
Der Vorteil: Zeit-Räume! Gerade zu verkehrsarmen Mittags- und Wochenendzeiten werden Straßen zum nutzbarem öffentlichen Raum.

Strassenfeste! Anmeldung auf dem Bierdeckel

Jeder Münchner soll künftig mit minimalem Aufwand Straßenfeste vor seiner Haustür anmelden können. Den Anwohnern wird es durch ein Förderprogramm für Straßenfeste leicht gemacht. Auflagen für kleinere Veranstaltungen werden minimiert, das KVR berät: die städtischen Beamten als Lotsen durch das Dickicht der zu klärenden Fragen. Jeder kann beim Kulturreferat kostenlos und einfach im Internetformular Bühnentechnik und Techniker anfordern. Die Bezirksausschüsse gewähren Förderungen für bürgerschaftliche Straßenfeste.
Mit einer Öffentlichkeitskampagne werden die Bürger über die Möglichkeit ein Straßenfest zu organisieren informiert. In städtischen Publikationen wird auf die neue Homepage „www.muenchen.de/straßenfeste“ aufmerksam gemacht. In einer Evaluation wird der Erfolg der Kampagne überprüft. Vorbild ist die Wirtschaftsförderung. Hier lotst die Stadt ansiedlungswillige Unternehmen durch das Dickicht der Regulierungen. Gleiches muss für engagierte Bürger gelten, die Straßenfeste vor der Haustür machen wollen.

Streetlife - Corso für alle!

Nach dem Vorbild des Streetlife Festivals „ Corso Leopold“ in Schwabing auf der Leopoldstraße können auch auf den anderen großen Innenstadtstraßen temporäre Flaniermeilen für die Bürger geschaffen werden.
Für zwei Wochenenden im Jahr oder auch für eine verkehrsarme Ferienwoche im August werden die Straßen gesperrt. Künstler, Vereine und Kulturschaffende aus dem Viertel zeigen ihr Können. Hunderttausende Flaneure genießen den Stadtraum von der Mitte der Straße aus. Geeignete Straßen sind neben der Leopold- und Ludwigstraße die Brienner- und Nymphenburgerstraße, die Lindwurmstraße oder auch die Rosenheimerstraße.

Leben und leben lassen.

Durch Aufenthalt auf den Straßen und Plätzen wird ein wichtiger Beitrag zum Stadtviertelleben und zum subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger geleistet. Veranstaltungen und Freischankflächen tragen hier wichtiges bei.
In den Stadtvierteln kommt es dabei häufig zu Konflikten zwischen dem urbanen Leben im öffentlichen Raum und den Ruhebedürfnissen der Anwohner. Hier muss es einen offenen Dialog zwischen den beiden Interessen geben. Denn jeder ist Nutzer des öffentlichen Raums und anderswo Anwohner.
Barcelona macht es vor. Mit einer breit angelegten Kampagne wirbt die Stadt für Toleranz der Anwohner gegenüber dem urbanen Leben und gleichzeitig bei den Platznutzern für Respekt für die Bedürfnisse der Anwohner.

Sicherheitskonferenz. Reclaim the Promenadeplatz!

Jedes Jahr im Februar fliegen hochrangige Politiker, hochrangige Militärs und Rüstungslobbyisten zur sog. Sicherheitskonferenz. in München ein. Da die Sicherheitskonferenz die Welt ganz offensichtlich nicht sicherer macht, muss wenigstens für die Sicherheit der Teilnehmer gesorgt werden. Dafür wird regelmäßig ein großer Teil der Altstadt abgesperrt.
Und wenn die traditionelle Gegendemonstration stattfindet, wird deutlich, wie fragil das Demonstrationsrecht ist, und wie schwierig es sein kann, seine Meinung in der Öffentlichkeit kundzutun. Im Wahlkampfjahr 2002 wurde die Gegendemonstration durch OB Ude und das Kreisverwaltungsreferat gleich ganz verboten.
Tausende von Polizisten begleiten jedes Jahr die Demos gegen die Konferenz – und denken sich mehr oder weniger lustige Schikanen aus. Wenn drei Reihen Polizisten den Kontakt zu den Bürgern verhindern, wenn man am Verlassen oder Betreten der Demonstration gehindert wird, dann wird deutlich, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit immer aufs Neue erkämpft werden muss. Denn sonst werden ganze Straßenzüge gesperrt, weil ein Kriegstreiber wie Rumsfeld zum Squashspielen fährt.

Alexandra Weiß, Siegfried Benker, Jens Mühlhaus, Anke Wittmann, Uli Bührlen, Benjamin David.

DAS GRÜNE KONZEPT FÜR DIE MÜNCHNER ALTSTADT

Anlässlich der aktuellen schweren Radunfälle in der Residenzstraße kocht die Diskussion zum Fahrradfahren im Bereich der Fußgängerzone wieder hoch.Die Thematik auf die rücksichtslosen Radler zu beschränken, die es zweifelsohne gibt und die entsprechend kontrolliert werden sollen, ist aber zu kurz gegriffen.

Vielmehr ist ein umfassender Ansatz, nötig, der die Konflikte der Verkehrsteilnehmer in der übervollen Münchner Fußgängerzone löst und durch die Gestaltung die gegenseitige Rücksichtnahme unterstützt. Das grüne Konzept für die Münchner Altstadt lässt sich folgendermaßen skizzieren:

Flaniermeile zwischen Odeonsplatz und Rindermarkt

- Eine Rad- und Fußgängerachse aus einem Guss zwischen Odeonsplatz und Rindermarkt. Um die hohen gestalterischen und funktionalen Anforderungen zu erfüllen wird ein Workshop mit folgenden Zielsetzungen ausgelobt: Klare Regelung für Radfahrer und Fußgänger zwischen Odeonsplatz und Rindermarkt.
- Gestalterische Einheit der Verkehrsflächen, deren Belag optisch anspricht und für Radfahrer bremsend wirkt. Aufgrund des hohen Fußgängeraufkommens sollte aber ein Bereich für Radler (und Busse am Marienplatz) erkennbar sein, ohne zu trennen oder zum Rasen zu verleiten.
- Bessere Durchlässigkeit für Fußgänger, insbesondere im Bereich der Residenzpost durch Abbau von überflüssigem Mobiliar, Reduzierung der Freischankflächen und die Verlegung des Obststandes vor der Residenzpost.
- Die Taxidurchfahrt im Bereich Dienerstraße/ Marienplatz wird ersetzt durch ein sternförmiges Konzept der Ab- und Zufahrten für Taxis mit Wenden und Standplätzen in der Schrammerstraße, im Tal und am Rindermarkt.
- Reduzierung der Rikschastellplätze am Marienplatz und Verlagerung nach Osten vor das Kaufhaus Beck.
- Abschaffung der Parkplätze im Bereich der Dienerstraße.

Mehr Raum für Fußgänger

- Es ist höchste Zeit, an die Konzepte für ein großes Fußgängerzonenkreuz durch die Altstadt anzuknüpfen, um mehr Raum für Fußgänger zu schaffen: Erweiterung der Fußgängerzone in die Dienerstraße und in Richtung Sendlinger Straße mindestens bis zur Hackenstraße. Die südliche Sendlinger Straße soll zumindest eine verkehrsberuhigte Mischfläche mit wesentlich weniger Parkplätzen werden.
- Umgestaltung des Tals durch Verringerung der Straßenbreite und Entfall einer Parkreihe zugunsten der Flächen für Fußgänger und für Bäume sowie für durchgehende Fahrradstreifen.
- Neugestaltung des Platzes an der Sattlerstraße im Zuge der Bebauung des Geländes des Süddeutschen Verlages.

Ausbau der zweiten Radl-Hauptroute

Wir möchten folgende Alternativen für Radfahrer verbessern und entsprechend bewerben:

- Optimierung der Alternativroute in Nord-Süd-Richtung über Kustermannfahrbahn und Sparkassenstraße.
- Weiterer Ausbau der dezentralen Fahrradabstellanlagen und deren Beschilderung.
- Öffentlichkeitskampagne, die die Radstellplätze um die Fußgängerzone als Alternative zum Radabstellen auf dem Marienplatz bekannt macht.
- Häufigere Entrümpelungsaktionen der bestehenden Fahrradabstellanlagen.

Im Oktober und November 2007 lädt die Grüne Stadtratsfraktion zu einer **Veranstaltungsreihe zum Öffentlichen Raum** ein. Geplantes Programm:

Auftaktveranstaltung:
Renaissance öffentlicher Räume in Europa
Experten referieren über den Umgang mit öffentlichem Raum in anderen Städten, die für München Impulse geben könnten. Mit Prof. Dr. Selle, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung,RWTH Aachen.

Fachgespräch:
Zeit-Räume, Temporäre Bürgerstraßen
„Shared Space“ und temporäre Straßensperrungen können die Straßen als urbanen Raum für alle wiedergewinnen.

Frühschoppen:
Der Öffentliche Raum als Location
In den Bezirksausschüssen wird häufig über Veranstaltungen und Freischankflächen diskutiert. Urbane Stadtkultur oder Ruhestörung?

Streitgespräch:
Stadtluft macht frei
Videoüberwachung, Platzverweise, Personenkontrollen - was bringen diese restriktive Methoden für die Sicherheit im öffentlichen Raum?

Ort und Zeit der Veranstaltungen standen noch nicht fest und werden jeweils im Rundbrief und auf der Website angekündigt.

MOBILITÄT IN METROPOLEN

Zur Vision einer nachhaltigen Stadt- und Verkehrsplanung

Die Basis für eine wirklich nachhaltige Entwicklung und eine dauerhaft hohe Lebensqualität moderner Metropolen ist die stete Fortentwicklung eines regionalen Entwicklungskonzeptes. Dabei wird der Radverkehr nicht nur eine große, sondern unverzichtbare Rolle spielen. Kein Verkehrsmittel vereint die Aufgaben der Zukunft besser in seinen Eigenschaften, als das Fahrrad: Hohe individuelle spontane lustvolle Mobilität bei minimalem Ressourcenverbrauch.

In München nennt sich dieses Entwicklungskonzept seit 1998 „Perspektive München". Aufbauend auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Urbanität werden Perspektiven für die Entwicklung von Stadt und Region aufgezeigt. München setzt dabei auf eine unter dem Slogan „kompakt-urban-grün" zusammengefasste Siedlungsstruktur. Eine kompakte Siedlungsstruktur, die „Stadt der kurzen Wege" ist der Schlüssel für nachhaltige Mobilität und in ihrer Bedeutung für den Öffentlichen Verkehr, den Radverkehr und den Fußverkehr nicht hoch genug einzuschätzen.

Um so mehr muss ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für Metropolen als Teil des übergeordneten Entwicklungskonzepts eindeutige Regeln beinhalten:

- Vorrang vor allen anderen Maßnahmen haben die Instrumente, die zur Verkehrsvermeidung beitragen.
- Am zweitwichtigsten sind Maßnahmen, die den KFZ-Verkehr möglichst auf den Umweltverbund verlagern.
- Und schließlich ist der weder vermeid- noch verlagerbare KFZ-Verkehr so stadtverträglich wie nur möglich abzuwickeln.

Die Konkretisierung und Umsetzung dieser Vorgaben geschieht in München mittels des 2006 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplans als Teil der Perspektive München.

Neben der kompakten Siedlungsstruktur bildet eine leistungsfähige Infrastruktur, besonders für den Öffentlichen Verkehr sowie für den Rad- und Fußverkehr die Basis für ein funktionierendes Verkehrssystem. Der KFZ-Verkehr soll aus den Wohngebieten und aus der Fläche möglichst herausgehalten und auf einem ausreichend leistungsfähigen Hauptstraßennetz gebündelt werden. 80% des Münchner Stadtgebietes wurden auf diese Weise bereits verkehrsberuhigte Bereiche.

In Gebieten mit hohem Parkdruck hält ein möglichst flächendeckendes Parkraummanagement Autopendler fern, die glauben anstatt mit dem Öffentlichen Verkehr mit dem Auto bis in die Kernstadt fahren zu müssen. Dort wiederum verschwenden die Pendler den öffentlichen Raum für das ganztägige Abstellen ihres Fahrzeugs. Gleichzeitig wird Platz geschaffen für die Anwohner und den Wirtschaftsverkehr. Der Münchner Stadtrat beschloss 2005 die Ausweitung des Parkraummanagements flächendeckend auf das gesamte Gebiet innerhalb des Mittleren Rings. Bei den Anwohnern trifft diese Maßnahme übrigens auf begeisterte Zustimmung.

Mobilitätsmanagement und multimodales Marketing nachhaltiger Mobilität mit den Instrumenten Information, Beratung, Motivation und Bildung bilden eine neue und in ihrer Bedeutung zunehmende Säule zukunftsfähiger Mobilitätspolitik.

Alleine die Mobilitätsberatung für unsere 85.000 Neubürgerinnen und Neubürger, die wir jedes Jahr hier in München begrüßen dürfen, reduziert bei dieser Zielgruppe die Nutzung des Pkws um 3,3% und steigert die des Öffentlichen Verkehrs um 7,6%.

Mit über 1.100 Lichtsignalanlagen und zahlreichen Leitsystemen verfügt München über exzellente Möglichkeiten der kollektiven Verkehrssteuerung im Rahmen eines kooperativen Verkehrsmanagements. Diese Möglichkeiten künftig im Sinne einer nachhaltigen Mobilität zu nutzen, bleibt dauerhaft unsere Aufgabe. Ein positives Beispiel ist die konsequente Beschleunigung und Bevorrechtigung von Straßenbahnen und Bussen.

Ich denke, München ist mit den geschilderten Ansätzen auf einem sehr guten Weg, auch und gerade, was den Radverkehr betrifft. In den letzten Jahren haben wir in München viele kleine und größere Verbesserungen geschafft.

Aber wir stehen immer noch „nur" bei 10% Radverkehrsanteil. Dies liegt im Übrigen auch an dem außerordentlich attraktiven Öffentlichen Verkehr. Dennoch, wenn wir 15 oder 20% erreichen wollen, dann ist es Zeit, die dicken Bretter mit angemessenem Fingerspitzengefühl, aber entschlossen, zu bohren. Das betrifft im wesentlichen heikle, aber für den Fahrradverkehr wichtige

An manchen Orten sind die Fortschritte des Radverkehrs deutlich erkennbar - und am Marienplatz droht er sogar ein Opfer seines Erfolges zu werden.

Lückenschlüsse in der Infrastruktur in Konkurrenz zu anderen Nutzungen. Ich denke dabei natürlich auch an das Auto.
Darüber hinaus braucht das Fahrradfahren mit all seinen rationalen Vorteilen und all seinem emotionalen Potenzial endlich eine angemessene Vermarktung. Das Fahrrad muss ins Zentrum einer modernen nachhaltigen Mobilitätskultur rücken.
Längst ist nachgewiesen, dass Investitionen in ein gut gemachtes professionelles Marketing einen höheren Nutzen-Kosten-Effekt haben als die meisten Investitionen in Infrastruktur. Wer würde schon diese kleinen bekannten Actimel Döschen von Danone kaufen, wenn er nicht über Werbung darauf aufmerksam gemacht würde, wie gut das schmeckt, wie gesund es ist und wie sexy und trendy man durch den Genuss wird? Ohne Marketing wäre es nichts anderes als eine merkwürdige wässrige Flüssigkeit mit unbestimmten Geschmack für die niemand einen Cent ausgeben würde.
Was für jedes kommerzielle Produkt – allen voran das Automobil – selbstverständlich ist – das professionelle Marketing – muss für die Produkte und Dienstleistungen des Umweltverbunds und hier v.a. für den Radverkehr endlich auch zur Selbstverständlichkeit werden. Hier sind alle Akteure, Fahrradindustrie, Interessengruppen und natürlich auch die Öffentliche Hand in der Pflicht umzudenken und gemeinsam neue Wege zu gehen. Deshalb werden auf meiner politischen Agenda die Förderung des Umweltverbundes und des Mobilitätsmanagements immer an erster Stelle stehen.

Hep Monatzeder

DER ÖFFENTLICHE RAUM ALS SPEICHERPLATZ

Sämtliche Fahrzeuge des ÖPNV sollen per Video überwacht werden

„Öffentlicher Raum wurde einerseits zunehmend privatisiert – und andererseits zunehmend kontrolliert. So gibt es in unseren Städten und Gemeinden, auf Straßen und Plätzen kaum mehr Orte, die das wären, was einst Inbegriff urbaner Dichte war: anonym und in ihrer Anonymität auch herrschaftsfrei. Die Anatomie des öffentlichen Raumes hat sich im Zeitalter der Angst auf irreversible Weise verändert; der öffentliche Raum wurde zum Speicherplatz.“ *(Gerhard Matzig in der SZ vom 7./8. Januar 2006)*

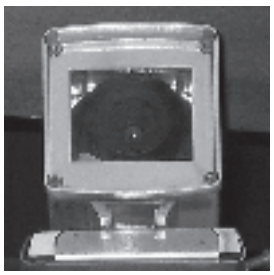
.

In einer Pressekonferenz der *Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG)* kündigten Oberbürgermeister Christian Ude und der Vorsitzende der MVG-Geschäftsführung, Herbert König, im März diesen Jahres an, *„die Videoüberwachung im gesamten U-Bahn-Bereich weiter auszubauen und auch in der Tram- und den U-Bahnfahrzeugen Videokameras zu installieren. Wir beginnen mit dem sukzessiven Einbau von Kameras in den Straßen- und U-Bahnen noch in diesem Jahr. Und auch im Busbereich geht der Ausbau weiter (...) Neue Fahrzeuge werden nur noch mit Videoausrüstung beschafft.“*
Auch die *DB Regio AG* als Betreiberin der S-Bahnen in München hat schon vor Jahren angekündigt, alle S-Bahnen mit Videoüberwachung auszurüsten. Nach derzeitigem Stand ist beabsichtigt, zunächst 105 der 238 S-Bahn-Züge auszurüsten, die in München in Betrieb sind. In absehbarer Zeit wird es also eine flächendeckende Überwachung aller Verkehrsmittel im öffentlichen Nahverkehr geben.
Die Grünen haben sich in den letzten Jahren wiederholt gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum gewandt, die auch in München auf dem Vormarsch ist. Allein in den letzten sechs Jahren wurden an zahlreichen Plätzen neue Videokameras installiert, z.B. am Bahnhofsvorplatz (obwohl alleine der Hauptbahnhof im Auftrag der Bundespolizei mit 55 Videokameras überwacht wird), am Stachus, am Marienplatz zur Zeit des Christkindlmarktes und am Orleansplatz. Im öffentlichen Nahverkehr werden bereits jetzt die gleisnahen Bahnsteigbereiche, Fahrscheinautomaten und Zwischengeschosse von derzeit 96 U-Bahnhöfen von den Stadtwerken München mit ca. 800 (!) Kameras überwacht. Die Einsatzzentrale der Polizei hat jederzeit Zugriff auf diese Bilder. Und nicht zu vergessen: Auch private Betreiber rüsten mit Videotechnik auf. Keine Shopping-Mall oder öffentlich zugänglichen Bereiche ohne Videoüberwachung.

> *„Eher verhungert ein Hund vor einem Wurstvorrat, als dass der Staat...dauerhaft große Datenbestände unberührt ließe*
> Dr. Karl Michael Betzl, Bayerischer Datenschutzbeauftragter

Angesichts der Flut von Überwachungswünschen im öffentlichen Raum gibt es kaum noch ein Halten – und es gibt sicherlich auch Räume, in denen Videoüberwachung zur objektiven und subjektiven Sicherheit beiträgt. Eine Videoüberwachung in sog. Angsträumen wie öffentlichen Tiefgaragen kann sinnvoll sein (auch wenn, statistisch betrachtet, in jedem öffentlichen Angstraum nur ein Bruchteil der Gewalttaten geschieht, die in einer Ehe geschehen).
Auch die Überwachung von Bahnsteigen ist gerade nach Großereignissen sicher sinnvoll, um die Menschenmassen beobachten zu können. Das gilt auch für das Oktoberfest mit seinen bis zu 6 Millionen Menschen auf beengtem Raum - auch wenn der Datenschutzbeauftragte hier lange Zeit Bedenken hatte.
Videoüberwachung ist aber immer ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen. In der gemeinsamen *Entschließung der 59. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder* vom 14./15. März 2000 wurde dies beispielhaft benannt: *„Mit der Videoüberwachung sind besondere Risiken für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verbunden. Weil eine Videokamera alle Personen erfasst, die in ihren Bereich kommen,*

werden von der Videoüberwachung unvermeidbar völlig unverdächtige Menschen mit ihren individuellen Verhaltensweisen betroffen...die daraus resultierende Ungewissheit, ob und von wem sie beobachtet werden und zu welchen Zwecken dies geschieht, erzeugt einen latenten Anpassungsdruck. Dies beeinträchtigt nicht nur die grundrechtlich garantierten individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, sondern auch das gesellschaftliche Klima in unserem freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesen insgesamt. Alle Menschen haben das Grundrecht, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, ohne dass ihr Verhalten durch Kameras aufgezeichnet wird."



Grundrecht versus Überwachungswünsche

Wenn der Staat oder ein Privater Daten in Form von Videoüberwachung erheben will, muss jeweils abgewogen werden zwischen der Notwendigkeit der Datenerhebung auf der einen Seite und dem entgegenstehenden Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auf der anderen Seite. Diese Grundrechtsabwägung, die aufgrund eines Antrages der Grünen bezüglich der geplanten flächendeckenden Videoüberwachung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in München stattfand, bestand beim Referat für Arbeit Wirtschaft, der MVG und der DB Regio AG genau aus zwei Sätzen: *„Nach Auffassung der Unternehmen (MVG und DB Regio) überwiegt das Interesse und Recht der Bürger auf objektive und subjektive Sicherheit das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft schließt sich dieser Wertung an."*

Sowohl *MVG* als auch *DB Regio* begründen den Ausbau der Videoüberwachung mit der gestiegenen Zahl der Straftaten im Öffentlichen Personennahverkehr. Hier drängt sich die Frage auf, ob die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels in München tatsächlich so unsicher ist, dass dieser Grundrechtseingriff gerechtfertigt wäre. Die Sicherheitsberichte des Polizeipräsidiums München der letzten drei Jahre sprechen eine andere Sprache:

- Im Jahr 2004 gab es im gesamten Bereich des öffentlichen Nahverkehrs (wozu zu 20% die Züge der Bundesbahn gehören) 10.378 Straftaten, davon 285 Gewaltdelikte. Im Jahr 2006 waren es 9.350 Straftaten sowie 320 Gewaltdelikte, also 35 Gewaltdelikte mehr.
- 85 % der Delikte wurden auf den Bahnsteigen und in den Sperrengeschossen verübt.
- Die Straftaten sind zu ca. 22% Diebstähle, ca. 20% Fälschungen (betrifft wohl überwiegend Ausweispapiere), ca. 24% Beförderungserschleichungen und ca. 24% Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht bei AusländerInnen.
- Rauschgiftdelikte und Taschendiebstähle sind 2006 um 63% bzw. 54% gestiegen, weil das Polizeipräsidium München wegen der Fußball-WM sowie des Papstbesuches hier einen Schwerpunkt gelegt und die Einsatzstunden gesteigert hatte.
- Die Gewaltdelikte werden zu ca. 95% auf den Bahnhöfen bzw. in den Sperrengeschossen begangen. In den Zügen (wobei hier die Züge der Bundesbahn mitzurechnen sind) ereignet sich viel weniger: 2004 waren es neun Gewaltdelikte, 2005 sechzehn und 2006 zwanzig.

Fazit: Die Öffentlichen Verkehrsmittel in München sind äußerst sicher – was der MVV zurecht gerne kommuniziert. Zum Vergleich: Auf dem Oktoberfest kommt es in zwei Wochen zu ca. 1.600 Straftaten und Gewalttaten - und das Oktoberfest wird derzeit mit 12 Videokameras überwacht, obwohl statistisch die Wahrscheinlichkeit auf dem Oktoberfest Opfer einer Straftat zu werden viermal höher ist als im ÖPNV. Wann also kommt die Forderung nach flächendeckender Überwachung aller Biertische?

Es ist richtig, dass ohne Videokameras Straftaten ungeklärt bleiben können, die mit dem Einsatz von Videokameras geklärt oder gar verhindert werden könnten - aber eine Garantie dafür gibt es natürlich nicht. Schon jetzt werden Bahnsteige und Zwischengeschosse mit Videokameras überwacht – dennoch geschehen dort, siehe oben, 6.000 bis 7.000 Straftaten pro Jahr, von denen keineswegs alle geklärt werden.

Dennoch müssen sich die Kritiker der Videoüberwachung der Frage stellen, wie sie mit der Bedrohungslage umgehen. Die Grünen haben deshalb in den letzten Jahren die Videoüberwachung der Bahnsteige und Zwischengeschosse akzeptiert. Zu unserem Sicherheitskonzept gehören eine gut ausgebildete und personell ausreichend besetzte U- und S-Bahn-Wache und eine stärkere Bestreifung der Zwischengeschosse durch Polizeibeamte – was auch immer wieder geschieht. Wir setzen uns außerdem ein für eine „Kultur des Hinsehens" unter den Fahrgästen, wie dies im „Bündnis Solidarität gegen Gewalt" propagiert wird. Das Ergebnis: Der MVV ist einer der sichersten Öffentlichen Nahverkehre in Deutschland.

Wo sind die Grenzen der Sicherheit?

Dennoch kann auch im Einzelfall argumentiert werden, dass eine Kamera einen Täter eventuell festhalten würde. Dies ist richtig. Hier aber kommt die grundrechtliche Frage ins Spiel: Wollen wir als Gesellschaft jede denkbare Sicherheitseinrichtung, auch um den Preis, dass hierbei Grundrechte permanent eingeschränkt werden? Auch auf kommunaler Ebene gilt: Wir können die Freiheit auch zu Tode sichern.

Die derzeit für die Fahrzeuge geplanten Einzelkameras speichern zwischen 36 und 72 Stunden. Doch warum sollte man hier stehen bleiben: Würden die Aufzeichnungen zwei Monate aufbewahrt (wie laut Bayerischem Polizeiaufgabengesetz beispielsweise möglich) oder noch länger (was immer wieder

gefordert wird), könnten vielleicht noch mehr Straftaten aufgeklärt werden. Würden die Videokameras ständig senden und wären sie vernetzt, würden vieleicht. noch mehr Straftaten aufgeklärt. Wären sie irgendwann mit Gesichtserkennung ausgerüstet, könnte man sie auch zur Strafverfolgung und Personenerkennung einsetzen. Und so weiter – aber wo ist die Grenze?

Die Besorgnis, die Überwachung könnte sich zu einer sich selbst drehenden Spirale entwickeln, ist nicht aus der Luft gegriffen. Zu Beginn der Videoüberwachung in Bussen im Jahr 2001erklärte die MVG noch, dass keineswegs an eine flächendeckende Überwachung gedacht sei, sondern nur an einen einzelfallbezogenen Einsatz. In den von der MVG unterzeichneten *Regelungen des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen* von 2001, hieß es noch: *„Videoüberwachung darf nicht der Regelfall sein, sondern nur stattfinden wenn es notwendig ist....es darf keine automatische Ausstattung aller Verkehrsmittel mit Videokameras stattfinden.“*

*S*echs Jahre später, am 17. 7. 2007, hat die MVG das zur Seite gewischt: *„Der zitierte Passus ist überholt.“*

Wann ist eine Gesellschaft bereit zu sagen, diesen Schritt machen wir nicht mehr? Wir Grüne sind jetzt zu dem Schluss gekommen, dass die flächendeckende Überwachung in allen Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs, der zudem eine Monopolstellung besitzt, eine solche Grenzüberschreitung darstellt: Ich werde für die Grünen – denn man benötigt einen persönlich Betroffenen – gegen diese Art der Überwachung klagen und bis zum Bundesverfassungsgericht gehen um zu überprüfen, ob sie mit dem Grundgesetz im Einklang steht - auch wenn dieser Rechtsweg sicherlich einige Jahre in Anspruch nehmen wird.

Neue Perspektiven hat ein Urteil des Bundesverfassungerichts eröffnet, das vor kurzem einem Regensburger Bürger Recht gab, der gegen die Videoüberwachung eines Bodenkunstwerks geklagt hatte, das an die ehemalige Synagoge in Regensburg erinnert. Vorgesehen waren mehrere Videokameras von der Art, wie sie jetzt beim MVV flächendeckend zum Einsatz kommen sollen: Das Bildmaterial sollte 36 Stunden gespeichert und dann, falls kein Auswertungsbedarf bestünde, gelöscht werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat der Klage des Regensburgers stattgegeben, allerdings vor allem deshalb, weil es das Bayerische Datenschutzgesetz nicht als ausreichende Rechtsgrundlage für einen solchen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ansah. Deshalb ist die bayerische Staatsregierung jetzt darum bemüht, ein Gesetz zu schaffen, in der unter anderem auch die Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln geregelt werden soll.

Neben diesem formalen Argument hat das Bundesverfassungsgericht in der Begründung aber auch inhaltliche Aussagen getroffen. Hier einige Kernaussagen:

1. *„Die geplante Videoüberwachung greift in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Beschwerdeführers in seiner Ausprägung als Recht der informationellen Selbstbestimmung ein. Dieses Recht umfasst die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden, und daher grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung persönlicher Daten zu bestimmen.“*
2. *„Die offene Videoüberwachung eines öffentlichen Ortes kann und soll zugleich abschreckend wirken und insofern das Verhalten der Betroffenen lenken. Durch die Aufzeichnung des gewonnenen Bildmaterials werden die beobachteten Lebensvorgänge technisch fixiert und können in der Folge abgerufen, aufbereitet und ausgewertet sowie mit anderen Daten verknüpft werden.“* (Zur Erinnerung: Die Art der Videoüberwachung entspricht exakt der für die Überwachung des ÖPNV vorgesehenen Videotechnik).
3. *„Die Entscheidung über die Grenzen der Freiheit des Bürgers darf nicht einseitig in das Ermessen der Verwaltung gestellt sein.“*
4. *„Verdachtslose Eingriffe mit großer Streubreite, bei denen zahlreiche Personen in den Wirkungsbereich einer Maßnahme einbezogen werden, die in keiner Beziehung zu einem konkreten Fehlverhalten stehen und den Eingriff durch ihr Verhalten nicht veranlasst haben, weisen grundsätzlich eine hohe Eingriffsintensität auf... Die Videoüberwachung und die Aufzeichnung des gewonnenen Bildmaterials erfassen daher – wie bei solchen Maßnahmen stets – überwiegend Personen, die selbst keinen Anlass schaffen, dessentwegen die Überwachung vorgenommen wird.“*

Es ist überdeutlich, dass diese Gründe in noch höherem Maße auf die geplanten flächendeckenden Überwachungsmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr zutreffen. MVG und DB Regio ziehen sich aber darauf zurück, dass sie privatrechtlich organisierte Betriebe seien. Damit seien sie kein „öffentlicher Raum“, sondern „öffentlich zugänglicher Raum“, wie er im Bundesdatenschutzgesetz definiert wird, und nicht von dem Urteil betroffen.

Dies mag man formaljuristisch so sehen. Wir Grünen sind aber der Ansicht, dass das Grundgesetz auch in einem quasi öffentlichen Raum wie den Fahrzeuge des ÖPNV gilt. Die bisherige Herangehensweise der MVG und der DB Regio, den flächendeckende Einsatz der Videoüberwachung als Hausrechsausübung zu betrachten, greift viel zu kurz. Grundrechte gelten selbstverständlich auch in einem privatrechtlich organisierten Verantwortungsbereich – vor allem wenn sie wie die MVG auch noch zu 100 % im Besitz der öffentlichen Hand sind. Die Klage wird hierüber Klarheit bringen.

Siegfried Benker

OLYMPIA - MÜNCHEN 2018 ÖKOLOGISCH – NACHHALTIG – FAIR

Olympische Winterspiele in München? Ein Bild von Schneekanonen, abgeholzten, kahlen Berghängen und sechsspurigen Autobahnen erscheint vor dem geistigen Auge. Ein Umweltfrevel, so die spontane Reaktion vieler Grüner. Doch müssen Olympische Winterspiele in München, Garmisch-Partenkirchen und Königsee wirklich so aussehen? München könnte die Chance nutzen und die ersten ökologischen und nachhaltigen Winterspiele ausrichten.

München ist im Olympiafieber. SPD, CSU, Oberbürgermeister, Ministerpräsident und die Medien planen schon für das Großereignis 2018. Wir Grünen sollten da nicht abseits stehen und dieses Großevent von anderen gestalten lassen, sondern wir sollten uns einmischen. Und zwar indem wir die Nachhaltigkeit einer Olympiabewerbung in den Fokus rücken. München 2018 müssen die ersten wirklich ökologischen und nachhaltigen Winterspiele werden. Nach Sotschi, das eine Olympiastadt komplett aus dem Boden stampft und keinerlei Rücksicht auf die Natur nimmt, muss München genau das Gegenteil zeigen. Dann kann eine Olympiabewerbung eine wirkliche Chance für die Stadt sein.

Die Entscheidung für Sotschi demonstriert, wie sehr wirtschaftliche Überlegungen bei der Vergabe Olympischer Spiele im Vordergrund stehen und wie weit das IOC noch davon entfernt ist, der Nachhaltigkeit den Stellenwert einzuräumen, der ihr laut eigener Aussage zukommen müsste. Denn das IOC bezeichnet schon seit einigen Jahren die nachhaltige Entwicklung, neben Sport und Kultur, als dritte Säule der olympischen Bewegung – nur an der praktischen Umsetzung der hehren Ziele mangelt es noch. Olympische Spiele sind in ihrer heutigen Dimension mit enormen Geld-, Waren-, Energie-, und Personenströmen, mit weitreichenden ökonomischen Verflechtungen und mit städtebaulichen Projekten verbunden, die weit über den Bau von Sportstätten hinausgehen. Sie verknüpfen Sport, Ökonomie und Ökologie, stellen Weichen für die Entwicklung der Ausrichterstadt und beeinflussen die Lebensbedingungen und das Gestaltungspotential zukünftiger Generationen. Wie sähe München wohl ohne die Olympischen Spiele 1972 aus? Kaum vorstellbar.

Heute müssen Umweltschutz und Nachhaltigkeit als Kernpunkte einer verantwortungsvollen Entwicklung im Mittelpunkt stehen. Das ökologisch zu gestalten, wäre eine schwere, aber auch sehr reizvolle Aufgabe und würde München eine besondere Note als Umweltstadt verleihen.

Nur unter der Bedingung, dass die olympischen Spiele 2018 in München und Umgebung die ersten ökologischen und nachhaltigen Winterspiele der Neuzeit geplant werden, unterstützen die Münchner Grünen eine Bewerbung. Folgende ökologische und nachhaltige Leitlinien skizzieren unsere Vorstellungen:

Flächenverbrauch

München 2018 unternimmt alle Anstrengungen zur Minimierung des Verbrauchs bisher nicht oder nur wenig versiegelter Flächen. Vorrang vor Neubauten muss die Nutzung und/oder der Umbau vorhandener Sportstätten haben. Versiegelte Flächen wie alte Kasernengelände sollen vorrangig für Neubauten genutzt werden. Ziel muss es sein, die Flächeninanspruchnahme für die olympischen Wohn- und Sportstätten auf Netto-Null zu begrenzen d. h.: keine Erhöhung des Anteils versiegelter Flächen durch olympiabedingte Baumaßnahmen und vollständiger Ausgleich des nicht vermeidbaren Verbrauchs wertvoller Flächen durch Renaturierungsmaßnahmen.

Klimaschutz

München 2018 verpflichtet sich zum Schutz des globalen Klimas durch die Veranstaltung der Olympischen Spiele keine zusätzlichen Treibhausemissionen zu produzieren. Diese Klimaneutralität wird erreicht durch die Reduzierung des Energieverbrauchs, den Einsatz regenerativer Energieträger, ausgewählte Kompensationsmaßnahmen für nicht in München und Umland erreichbare Emissionssenkungen, aber auch durch die Forcierung umweltfreundlicher Verkehrsmittel (siehe eigenes Ziel) . Die Klimaneutralität beinhaltet sowohl die Durchführung der Spiele selbst, als auch die An- und Abreise, die Errichtung der Sportstätten und sonstigen Infrastruktur und vor allem auch die Nachnutzung der Anlagen und Gebäude.

Ressourcenschonung

München 2018 verpflichtet sich zum schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Dazu gehört die Minimierung der Inanspruchnahme nicht nachwachsender Rohstoffe wie mineralischer Rohstoffe und Erze zum Bauen, fossiler und nuklearer Energieträger, aber auch wertvoller Trinkwasserressourcen. Auch der Einsatz umweltbelastender Stoffe und Materialien wie PVC oder teilhalogenierter organische Substanzen für Klimatisierungen muss soweit als möglich vermieden werden.

Abfall

München 2018 verpflichtet sich zur Vermeidung und weitgehenden Kreislaufführung von Abfällen. Dazu gehören sowohl Abfälle, die bei den Veranstaltungen selbst anfallen als auch Bauschutt, Baustellenabfälle und Bodenaushub, der bei der Errichtung der Infrastruktur anfällt.

Verkehr und Mobilität

München 2018 setzt sich ein für den Vorrang umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Dazu gehört u.a. der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und ins Umland, die Ertüchtigung der Bahnstrecken zu eventuellen Sportstätten im Oberland und im Chiemgau, Steigerung der Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel, Mobiliätsmanagement zur umweltfreundlichen Erreichbarkeit der Sportstätten. Wenn unbedingt nötig, schonender und maßvoller Ausbau der Straßen zu den Sportstätten.

München 2018 fördert Antriebstechnologien, die nicht auf fossilen und atomaren Energieträgern beruhen.

Naturschutz

München 2018 schützt die biologische Vielfalt und vermeidet die weitere Zerschneidung von Lebensräumen. München 2018 respektiert die Ziele des Bundesnaturschutzgesetzes, der europäischen Vogelschutzrichtlinie und der Natura 2000 Richtlinie bei allen Planungen. Unvermeidliche Belastungen werden durch Naturschutzprojekte, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich hinausgehen, ausgeglichen. Das gilt besonders für den Ausbau von Straßen und Skipisten. München 2018 setzt auf den umweltverträglichen Ausbau vor allem der alpinen Sportstätten. Das beinhaltet ein klimaneutrales Konzept für den Ausbau und Betrieb der Seilbahnen, aber auch für die Nutzung von Beschneiungsanlagen.

Leben in der „Einen Welt“

Olympische Spiele verfolgen mit dem Sport das Ziel der Völkerverständigung und Gleichberechtigung aller Völker und Menschen auf der Welt. Dazu gehört auch die Schaffung gleicher Lebensbedingungen. Zur Unterstützung dieses Zieles kauft München 2018 im Sinne der Agenda 21 keine Waren ein, bei deren Herstellung Kinderarbeit beteiligt war. Dazu wird von allen Zulieferern eine Erklärung gefordert.
Außerdem bevorzugt München 2018 bei gleicher Eignung Produkte, die aus „fairem Handel“ eingekauft wurden. Ein vertretbar höheres Preisniveau wird akzeptiert. München als Mitglied des Klimabündnisses unterstützt zu den Olympischen Spielen Projekte in den Regenwaldgebieten.

Ernährung

München 2018 versorgt die Sportler, aber auch die Besucher in den Sportstätten mit Lebensmitteln, die einen möglichst hohen Anteil aus ökologischem und/oder regionalem Anbau haben. Bei Importprodukten werden Waren aus fairem Handel und aus ökologischem Anbau bevorzugt. Auf Nahrungsmittel mit genmanipulierten Bestandteilen wird verzichtet. Das gilt auch für Verträge mit Sponsoren oder ein eventuelles Monopol bei der Bewirtung.

Bürgerbeteiligung und Umweltkommunikation

München 2018 schafft und erhält einen transparenten, demokratischen Planungsprozess, in den die lokale Bevölkerung, die interessierte Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen auf lokaler und nationaler Ebene eingebunden sind. Dabei steht die Information über die Anstrengungen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit im Vordergrund.

Leitprojekte könnten sein:

Ökoprojekt Olympisches Dorf

Der Bau des Olympischen Dorfes muss die ganze Palette ökologischen Bauens widerspiegeln. Dazu gehört die Verwendung umweltfreundlicher Materialien, der Einsatz erneuerbarer Energieträger wie Solarthermie, Photovoltaik und Biomasse, Passivhausstandard, Regenwassernutzung etc. Das gilt auch für die Trainingsstätten, Mensen, Kliniken etc.

Bus- und Bahnkonzept für München und die Region

Der Ausbau des Bahn- und Busnetzes zu den Olympischen Sportstätten muss Vorrang haben vor dem Ausbau des motorisierten Individualverkehrs. Dazu gehört der Anschluss von Sportstätten wie Garmisch-Partenkirchen an das ICE-Netz, schnelle Zugverbindungen auch zu den anderen Sportstätten in Oberbayern, Pendelbusse zu den Sportstätten, Bau der Express S-Bahn zum Flughafen, Stadt-Umland Bahn etc.

Ausbau des Grünzugverbundes

Der Stadtrat hat 1992 ein Realisierungsprogramm zur Sicherung und zum Ausbau von 14 großräumigen Grünverbindungen im Stadtgebiet München beschlossen. Innerhalb von 25 Jahren sollte ein 1.460 ha großes, leistungsfähiges innerstädtisches Grünsystem entstehen. Leider wurde bisher aus

Mit Michael Vesper sitzt auch ein Grüner mit am Tisch, wenn über Olympiabewerbungen deutscher Städte beraten wird. Der ehemalige Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport in NRW ist jetzt Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbunds.

unterschiedlichsten Gründen nur wenig realisiert. Auch das Leitprojekt des Bündnisses für Ökologie „ Den Grünzug in Fahrt bringen“ brachte nur einen mäßigen Erfolg. Olympia 2018 wäre eine große Chance dieses für die Naherholungsqualität und die Natur wichtige Projekt endlich zu realisieren. Natürlich müssten dann auch Verbindungen mit dem Umland wie das Grünzug-Netzwerk Süd-West (Würmtal) in die Planungen einbezogen werden.
Um zu klären, ob und wie ökologische und nachhaltige Winterspiele realisiert werden können, werden wir Ende Oktober zu einem Fachgespräch einladen. Für die offizielle Bewerbung muss dann ein detailliertes Umweltkonzept erstellt werden, in das die oben genannten Leitlinien integriert werden. An der Erstellung des Konzeptes müssen Umweltverbände, Bürgervereine und Forschungseinrichtungen beteiligt werden.
München 2018 wäre unter den genannten Bedingungen eine Chance für die Entwicklung des Umweltstandortes München, sowohl für die Umweltwirtschaft als auch für die Umweltwissenschaft.

Sabine Krieger

DER HALBE INTEGRATIONSGIPFEL

Anfang Juli verabschiedete der Bundesrat ein umfassend geändertes Zuwanderungsgesetz. Angebliches Ziel der Reform war, elf EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Tatsächlich aber wurden vieles schärfer reglementiert als nach den EU-Richtlinien erforderlich. Die Migrantenverbände wurden nicht gefragt.

Nur knapp eine Woche später sollte, gerade so als sei nichts gewesen, der „Integrationsgipfel“ stattfinden. Im Rahmen dieses „Integrationsgipfels“ sollte nach dem Plan der Bundesregierung ein „Miteinander Gestalten einer Integrationspolitik“ zelebriert werden. Nach dem Ausbooten der Migrantenverbände beim Zustandekommen der oben beschriebenen Gesetzesvorlage war dies aber nur ein halber Integrationsgipfel.

Es kann nicht verwundern, dass vor allem die von der Gesetzesänderung besonders betroffenen türkischen Verbände über diese Vorgehensweise verärgert waren: Die Bundesregierung verschärft das Ausländerrecht für Angehörige bestimmter Nationen und möchte sich im gleichen Atemzug von deren Verbänden im Rahmen eines „Integrationsgipfels“ die Legitimation (und Absolution!) dieser Gesetzesverschärfungen erschleichen.

In dieser Situation haben drei türkische Verbände ihre Teilnahme am Integrationsgipfel aus Protest abgesagt. Ohne diese als drastisch empfundene Maßnahme wäre das eigentliche Anliegen, nämlich auf Denkfehler und eine eklatante Ungleichbehandlung im neu geregelten Zuwanderungsgesetz hinzuweisen, im Harmoniekitsch des „Integrationsgipfels“ untergegangen. Nur der Boykott konnte die Ungleichbehandlung durch das neue Gesetz deutlich machen.

Die Neuregelung des Asyl– und Zuwanderungsgesetzes sieht vor, unter bestimmten Voraussetzungen langjährig geduldeten Migranten Bleiberecht zu gewähren. Sie müssen sich bis zum Stichtag 1. Juli 2007 seit mindestens 8 Jahren (Familie mit Kindern sechs Jahre) in Deutschland aufhalten, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, deutsch sprechen und nicht straffällig geworden sein. Wer diese Kriterien nicht erfüllt, kann eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe bekommen, und hat bis Ende 2009 Zeit, einen Arbeitsplatz zu finden.

Diese neuen Bleiberechtsregelungen für langjährig Geduldete könnten zwar als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen werden, aber die negativen Aspekte der Regelung überschatten die guten Absichten bei weitem.

Ehegattennachzug

Das neue Gesetz verlangt unter anderem, dass nachziehende Ehepartner aus Nicht-EU-Staaten - jedoch nicht aus Ländern wie den USA oder Japan - bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen und mindestens 18 Jahre alt sind. Damit will die Regierung angeblich gegen Zwangsehen vorgehen und damit die Integration fördern. Dass Ehegatten aus den USA und anderen reichen Industriestaaten dieser Regelung nicht unterliegen sollen, zeigt, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Diese Diskriminierung wirkt integrationshemmend und macht deutlich, wie vorurteilsbeladen die Regierung vielen Staaten gegenübersteht. Von den Verschärfungen sind vor allem tausende junge und vorwiegend türkische Familien betroffen. Weiterhin wird diese Regelung ausschließlich Familien aus sozial schwächeren Regionen der Welt treffen, in denen häufig nicht einmal Sprachkurse angeboten werden, mal abgesehen von den in diesen Ländern oft vorherrschenden finanziellen Problemen.

Gerade der Nachweis der Sprachkenntnisse der Ehepartner ist eine Maßnahme, die viele Familien in München bereits beschäftigt. Es ist unklar, wie ein Nachweis eines Wortschatzes von etwa 200 bis 300 Wörtern zu erbringen ist und ob die Sprachkenntnisse vor oder nach der Einreise erfragt werden. Um hier Klarheit zu erhalten, sind wir bereits mit einer Anfrage an das Kreisverwaltungsreferat herangetreten.

Außerdem wird nicht klar, wie eine Begrenzung des Ehegattennachzugs auf Personen über 18 Jahre und die Forderung von Deutschkenntnissen das Problem der Zwangsverheiratungen verhindern sollen. Wenn es der Bundesregierung tatsächlich um den Schutz vor Zwangsehen geht, stellt sich die Frage, weshalb sämtliche Vorschläge zur erleichterten Erlangung von Aufenthaltstiteln von Zwangseheopfern unabhängig von der Ehebestandszeit, keinen Niederschlag im Gesetz gefunden haben. Festzuhalten ist, dass es hierbei eher um eine Abschottung und Ausgrenzung statt um Opferschutz geht.

Einbürgerung junger MigrantInnen

Von ausländischen Jugendlichen unter 23 Jahren wird für die erleichterte Einbürgerung eine Lebensunterhaltssicherung verlangt. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass viele Jugendliche die Anforderung, ihren Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zu bestreiten, gar nicht erfüllen können.

Dies liegt nicht, wie von der Bundesregierung in der Gesetzbegründung unterstellt wird, am fehlenden Bemühen um Ausbildung und Beschäftigung. Betrachtet man hierzu alleine den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in München, so sind es vielmehr die starke Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt oder die viel zu häufig schlechten Schulnoten dieser Jugendlichen. Statt ihnen eine Perspektive, Unterstützung und Hilfe zu gewähren, wie wir das in München bereits seit Jahren versuchen, werden sie in ihren Rechten beschnitten.

Eine Rücknahme der erleichterten Einbürgerung für Jugendliche ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Der Bundesregierung scheint es entgangen zu sein, wie schwierig es grundsätzlich für Jugendliche und insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist, einen Ausbildungsplatz zu finden. Hier wird versucht, strukturelle Mängel im Bildungs- und Ausbildungssystem durch Diskriminierung der Betroffenen zu kaschieren. In Anbetracht dieser Gesetzesänderungen ist es vollkommen absurd, noch von „Fordern und Fördern“ zu sprechen.

Nationaler Integrationsplan

Der Grundsatz „Wir reden nicht über Migranten, sondern mit ihnen“ galt leider nicht für die Ausarbeitung des Zuwanderungsgesetzes und leider auch nicht für das überarbeitete Staatsangehörigkeitsgesetz. Gerade der rechtliche Status eines Migranten beeinflusst aber sehr stark seine Zufriedenheit und seine Integrationsbereitschaft in Deutschland. Man hatte beim ersten „Integrationsgipfel“ vor einem Jahr noch den Eindruck dass über alle Themen, also auch über neue Gesetzgebung diskutiert werden sollte. Dieser Eindruck hat sich leider verflüchtigt.

Trotz der oben angeführten Kritik kann der zum zweiten Mal abgehaltene „Intergrationsgipfel“ als Fortschritt in der Geschichte der Integrationspolitik angesehen werden. Auf dem Gipfel wurde das Ergebnis von einem Jahr Arbeit aus den verschiedenen Arbeitsgruppen vorgestellt und beraten.
Der daraus entstandene nationale Integrationsplan enthält erstmals klare Ziele sowie über 400 konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure. Gerade diese Ziele und konkreten Maßnahmen werden die zukünftige Integrationspolitik der Stadt München und deren Bestrebungen im Integrationsprozeß stark beeinflussen. Daher ist es besonders wichtig, dass wir zukünftig unsere Erfahrungen, unsere Bestrebungen und unsere Ziele in der Integrationsarbeit in die Umsetzung des nationalen Integrationsplans mit einfließen lassen. Da der Integrationsplan die Integrationsbemühungen und- Initiativen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Bürgergesellschaft erstmals auf eine gemeinsame Grundlage stellt, liegt es nahe, untereinander Erfahrungen und Ergebnisse auszutauschen und voneinander zu lernen.
Die Beteiligten haben vereinbart, die Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Integrationsplans im Herbst 2008 zu überprüfen und darzustellen. Wir sind gespannt!

Sedef Özakin

ARBEIT DURCH EQUAL

Einem erfolgreichen Arbeitsmarktprogramm droht die Einstellung

Im Jahr 2000 formulierte die EU in Lissabon das strategische Ziel, innerhalb der nächsten zehn Jahre „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“

Ein übergeordnetes Leitziel der Lissabon-Strategie ist die Ausweitung der Erwerbsbeteiligung. Deshalb wurden Ziele für Beschäftigungsquoten bestimmt, die bis zum Jahr 2010 erreicht werden sollten:
70% Erwerbsbeteiligung für die gesamte Erwerbsbevölkerung (aktuell in Deutschland 65%), 60% Erwerbsbeteiligung für Frauen (D 59 %) und 50% Erwerbsbeteiligung für ältere ArbeitnehmerInnen (D 41%).
Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem beschäftigungspolitischen Instrument der Europäischen Union erhielt Deutschland für die Förderperiode 2000-2006 Mittel in Höhe von rund 12 Mrd. •. Mit Geldern des ESF werden Maßnahmen anteilig finanziert, maximal bis zu 75% der Gesamtkosten eines Projektes. Die restlichen Kosten sind durch nationale Mittel des Bundes, der Länder, der Kommunen oder durch private Mittel abzudecken. In der kommenden Förderperiode entfallen auf Deutschland rund 3,5 Mrd. •, die zwischen Bund und Ländern verteilt werden – unter anderem zur Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL. Dabei handelt es sich um ein arbeitsmarktpolitisches Förderprogramm, das in allen EU-Mitgliedsstaaten nach einheitlichen Leitlinien der EU-Kommission durchgeführt wird. Für Deutschland standen rund 514 Mio. • zur Verfügung, die durch nationale Mittel nahezu verdoppelt wurden.
Die Gemeinschaftsinitiative arbeitet in sog. Entwicklungspartnerschaften, von denen es europaweit ca. 1500 gibt, in

Auf einer mehrtägigen Reise durch Bayern machte Renate Künast auch in München Station - Zeit für ein kurzes Gespräch mit Siegfried Benker, Lydia Dietrich und Hep Monatzeder.

Deutschland 129 und in Bayern 10, davon die des Referates für Arbeit und Wirtschaft. Zur besseren Umsetzung des europäischen Arbeitsmarktprogramms und effektiveren Arbeitsweise wurde die equalmünchen GmbH gegründet, eine hundertprozentige Tochter der Stadt, deren Kernfunktionen die Koordination, Betreuung und finanzielle Abwicklung der Entwicklungspartnerschaften ist.

Im Großraum München begann EQUAL im Jahre 2002 innovative Beschäftigungsmodelle zu entwickeln und nachhaltig in der lokalen Arbeitsmarktpolitik zu verankern. Mit 15 Qualifizierungsprojekten in den drei Themenfeldern Informationstechnologie, Pflege und Mobilität wurden Langzeitarbeitslose, MigrantInnen und Frauen nach der Elternphase angesprochen. Wichtige Akteure waren vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die in die Aktivitäten der Projekte eingebunden waren. Strategische Partner waren Arbeitsamt, DGB, IHK, GEWOFAG..

In den einzelnen Teilprojekten in München wurden beispielsweise EDV-Grundlagen und Business English an Frauen vermittelt oder Migrantinnen mit Anerkennungskursen für Pflegekräfte die Chance auf Übernahme als staatlich geprüfte Pflegekräfte in ein festes Arbeitsverhältnis eröffnet. Inhalt dieser Kurse war immer auch die deutsche Sprache. Darüber hinaus wurden Anpassungsqualifizierungen für Berufsrückkehrerinnen in den IT- und Medienberufen durchgeführt. Im Bereich Mobilität wurden über 500 Personen aus den neuen Bundesländern beraten und zielgerichtet in Praktika oder Trainingsmaßnahmen vermittelt. Ca. ein Viertel der Personen konnte im Großraum München eine Arbeitsstelle vermittelt werden.

Hohe Vermittlungsquote

Insgesamt lag in EQUAL I (der ersten Phase bis 2005) die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt im Bereich Pflege bei 77 %, im Bereich IT bei 59%. Weitere 500 Personen nahmen an Beratungs- und Coaching- und Vermittlungsmaßnahmen teil, davon konnten 20% direkt auf den Arbeitsmarkt integriert werden, 40% in weitere erfolgversprechende Qualifizierungsmaßnahmen.

Der Schlüssel zum Erfolg war der Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen den einzelnen Akteuren, denn dadurch konnte ein Austausch von Know-how und Methoden die Weiterleitung von Teilnehmerinnen zwischen den Projekten sowie die gemeinsame Vermittlung in Praktika und Arbeit stattfinden.

Weiteres Kernelement der erfolgreichen Arbeit ist der Austausch mit den transnationalen Partnern. In EQUAL I ging München eine Partnerschaft mit EQUAL-Projekten aus Bordeaux, Dublin und Neapel ein. Grundgedanke der transnationalen Zusammenarbeit ist es, arbeitsmarktpolitische Lösungen in verschiedenen Mitgliedstaaten kennen zu lernen, miteinander abzugleichen bis hin zu gemeinsamer Entwicklung von Maßnahmen und Möglichkeiten.

„München Kompetent“

In der 2. Förderphase ab 2005 entstand die Entwicklungspartnerschaft „München Kompetent“, ein fachübergreifendes Netzwerk aus 14 arbeitsmarktpolitischen Institutionen des Großraums Münchens und 12 strategischen Partnern. Die Projekte von „München Kompetent“ bieten Existenzgründung für Frauen, passgenaue Qualifizierung von Arbeitssuchenden und Beschäftigten, individuelle Kompetenzentwicklung und Förderung lebenslangen Lernens, Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen und Betrieben, Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung, Aufbau und Pflege von strategischen Unternehmensallianzen.

Das Projekt „Guide“ zum Beispiel unterstützt kostenlos Münchnerinnen, die eine Geschäftsidee im Dienstleistungssektor haben. Guide bereitet nicht nur auf eine erfolgreiche Gründung vor, sondern begleitet die Teilnehmerinnen auch bei der Festigung und dem Aufbau ihrer Unternehmen. Den Existenzgründerinnen werden komplett ausgestattete Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Abgerundet wird das Angebot von Guide durch eine Vielzahl von Workshops, in denen alle gründungsrelevanten Themen wie Businessplan, Marktanalyse, Kundenaquise und Steuerrecht behandelt werden. Nach nur einem Jahr Laufzeit und 300 Beratungen kam es bereits zu rund 70 Neugründungen und 70 Konsolidierungen.

Ein anderes Projekt ist „Koosa“ (Kooperation Schul-Arbeitswelt-Angebote). Koosa bemüht sich darum, an den Hauptschulen in München die Berufsorientierung der HauptschülerInnen zu verbessern. Nur ca. 33 % der Münchner HauptschulabsolventInnen gelangen nach der Schule direkt in die Ausbildung. Betriebe aller Branchen klagen über die mangelnden Kompetenzen der HauptschülerInnen.

Koosa arbeitet mit rund 20 Hauptschulen, Betrieben und Unternehmen und den Stellen auf kommunaler und Landes- und Bundesebene zusammen.

Der Schwerpunkt von Koosa ist die Erstellung eines Berufswahlpasses, d.h. eine umfassende Dokumentation der Zeugnisse und Zertifikate der SchülerInnen, der Erstellung eines Kompetenzprofils um die eigenen Stärken und Interessen besser kennenzulernen und mit den Anforderungen der Arbeitswelt abzugleichen.

Darüber hinaus leistet Koosa Unterstützung bei der Elternarbeit, führt Veranstaltungen zur Berufsorientierung durch, ermöglicht Betriebspraktika und baut Kontakte zur Arbeitswelt auf.

Auch in Equal II ist die transnationale Partnerschaft ein wesentliches Element. Die transnationalen Partner von „München Kompetent“ sind Neapel, Ostrava (Tschechien), Sopot (Polen), Barcelona und Porto. In regelmäßigen Treffen werden Erfahrungen ausgetauscht, gemeinsame Lösungen erarbeitet und Arbeitsmarktchancen entwickelt.

EQUAL droht das Aus

Die hohen Vermittlungsquoten von „München Kompetent“ wurde von der EU-Kommission mit der Auszeichnung als „Best Practise Modell“ gewürdigt. Dennoch droht EQUAL zum Jahresende 2007 das Aus. Der ESF würde für eine neue Förderungsperiode wieder Gelder bereitstellen, doch bisher sehen weder der Referent für Arbeit und Wirtschaft noch die SPD-Fraktion die Notwendigkeit, dieses erfolgreiche Projekt weiterzuführen.

Die Grünen sehen in der Weiterführung der erfolgreichen Arbeit eine Riesenchance. Doch es ist zu befürchten, dass München die europäische Entwicklung, die von allen Projektpartnern intensiv weitergeführt wird,verschläft.

Lydia Dietrich

FAMILIENPOLITIK IM VORMARSCH – ABER WO BLEIBEN DIE KIDS?

Familienpolitik ist derzeit der Renner über alle Parteigrenzen hinweg. Auch die moderne Auffassung von Familie, wie sie von den Grünen schon seit langem vertreten wird, hat nun deutlich mehr Köpfe erreicht: Familie ist da, wo Kinder leben und nicht nur wo die klassische Mama–Papa–Kind–Leitkultur der Unionsparteien verwirklicht ist.

Wir Grünen haben uns schon immer für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen eingesetzt, nicht nur für Kindergärten, sondern auch für Krippen, Elterninitiativen, Horte, Ganztagsschulen etc. Und überall da, wo Grüne in der Verantwortung standen, wie z.B. in München, haben wir auch viel erreicht. Ich weiß, es gibt in München genug Eltern, die sehr lange einen Betreuungsplatz für ihr unter dreijähriges Kind gesucht haben oder gerade verzweifeln, weil mit Beginn der Schulzeit die Suche wieder von vorne beginnt. Sicherlich haben wir in einigen Bereichen noch große Lücken in der Versorgung. Doch diese Versorgungslücken sind entstanden, weil München die Bereiche jenseits des Kindergartens bis vor kurzem alleine stemmen musste. Stellt man die rückständige Familienpolitik der CSU und der Staatsregierung in Rechnung, sind wir wirklich gut und können uns mit allen Kommunen der alten Bundesländer messen.

Doch so begrüßenswert die Diskussion über Familienförderung und Ausbau von Betreuungsplätzen auch ist – manchmal befürchte ich, dass das Kind nicht mehr im Mittelpunkt steht. Während die Jugendhilfe viele Jahre lang fast ausschließlich das Kind ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt hat - und dadurch vielleicht auch manchmal familiäre Zusammenhänge zu sehr hintan gestellt hat- drohen wir nun ins Gegenteil zu verfallen. Kinder werden nur noch als Teil der Familie gesehen, als ein Teil, der betreut werden muss, damit der Rest der Familie besser funktionieren kann. Öffnungszeiten von 6 Uhr bis 20 Uhr in Kinderbetreuungseinrichtungen entsprechen leider immer öfter den Bedürfnissen der Eltern. Ob sie den Kinderwünschen gerecht werden, sei dahingestellt. Auch wenn über die Qualität der Einrichtungen gesprochen wird, geht es häufig eher um das, was Kinder brauchen, um in der Schule gut zu funktionieren, und nicht darum, was Kindern am meisten Freude machen könnte. Um nicht missverstanden zu werden: ich begrüße alle Aktivitäten, die den Ausbau von Kindertagesstätten vorantreiben und sehe die Notwendigkeit, dass die Angebote flexibler auf die verschiedenen Arbeitsformen reagieren müssen. Ich denke jedoch, dass es Grüne Aufgabe sein muss, Kinder und auch Jugendliche wieder mehr in

den Vordergrund zu rücken.

Was Kinder und Jugendliche wollen, wissen sie am besten selber. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das Jahr 2008 in München zum Jahr der Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird. Dazu gibt es schon einige sehr gute Ansätze in München:

- In den regelmäßigen Kinder- und Jugendforen wird die Beteiligung sehr ernst genommen und die Kinder werden ermutigt, sich etwas zuzutrauen und ihre Wünsche zu artikulieren. Doch treffen sich meist dieselben Akteure und die Umsetzung von Kinderanträgen steht und fällt mit dem Engagement einzelner MitarbeiterInnen in der Verwaltung.
- Bei den freien Trägern der Jugendarbeit gibt es ausgezeichnete Partizipationsansätze, aber auch hier sind es oft einzelne MitarbeiterInnen, die in diesem Bereich aktiv werden und oft nicht voneinander wissen.
- Mini – München als **das** Partizipationsprojekt schlechthin ist weit über Münchens Grenzen hinaus bekannt geworden und hat viele Nachahmer gefunde
- Die VertreterInnen des Münchner Jugendrates und des Schülerbüros haben ein Konzept entwickelt, in dem sie eine echte Beteiligung fordern. Dies wird derzeit in einer Arbeitsgruppe diskutiert. Hier müssen wir besonders aufmerksam sein, denn das federführende Schulreferat hat andere Vorstellungen als die Jugendlichen - Vorstellungen, die eher in Richtung einer netten Schülervertretung gehen, die selten tagt und keine Eigenständigkeit besitzt. Wir wollen die Jugendlichen dabei unterstützen, echte Kompetenzen zu erlanegn, wie z.B. einen Sitz im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

Um Kinder- und Jugendgruppen zu ermutigen sich einzumischen, hat eine Arbeitsgruppe des Sozialpolitischen Diskurses – ein loser Zusammenschluss von in München im Sozialbereich arbeitenden Trägern und Einzelpersonen - einen Partizipationspreis ausgelobt, der letztes Jahr zum ersten Mal vergeben wurde. Kinder- und Jugendgruppen erhalten ein Forum, um ihre Arbeit darzustellen, aber auch um sich gegenseitig kennenzulernen.

Was in München noch fehlt, sind unterstützende Strukturen, damit das Recht von Kindern und Jugendlichen sich einzumischen, auch immer sichergestellt werden kann. Und wir brauchen Platz für neue Ideen, denn neue Generationen von Kindern haben vielleicht auch ganz andere Vorstellungen.

Bürgerbeteiligung, Partizipation, Selbsthilfe, waren immer Kernthemen der Grünen. Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Damit aber die Menschen befähigt werden sich einzumischen, ist es wichtig, dass sie es bereits als Kinder lernen. Unser derzeitiges Schulsystem ist dazu nicht geeignet. Um so wichtiger ist es, dass wir in der Stadt andere Bereiche öffnen, um den Kindern Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

Jutta Koller

SCHWARZ UND GRÜN

Wo führt das hin?

In München war es schon 1988 möglich: Eine schwarz-grüne Mehrheit in einer wichtigen Entscheidung - den Referentenwahlen. Provoziert vom zu hoch pokernden OB Schorsch Kronawitter beschlossen CSU und Grüne, sich von der SPD nicht ausbremsen und wählten gemeinsam Hanns Stützle (CSU) zum Sozialreferenten und Georg Welsch (Grüne) zum Kommunalreferenten – ein Vorgehen, das wenig später zum Rücktritt des Grünen Landesvorsitzenden Eberhard Bueb führte.

Für die Grüne Stadtratsfraktion ebnete dieser eklatante Bruch mit allen ideologischen Konventionen – und die hatten damals noch ein ganz anderes Gewicht – schon bald den Weg zur Regierungsbeteiligung. Denn zum einen konnte nun ein erfahrener Verwaltungsbeamter in der Riege der städtischen Referenten die Praxistauglichkeit Grüner Konzepte beweisen. Und in der SPD setzte sich sehr rasch die Einsicht durch, dass man mit den Grünen nicht Schlitten fahren konnte. Beides führte schon bald zur Zusammenarbeit von Rot-Grün. Verlierer der schwarz-grünen Premiere war die CSU, die, natürlich auch auf Grund eigener Unzulänglichkeiten, im Stadtrat für lange Zeit auf die Oppositionsrolle festgelegt war.

Im politischen Alltag des Stadtrats sind dem Spielraum für Schwarz-Grün durch die rot-grüne Koalitionsvereinbarung natürlich enge Grenzen gesetzt. Trotzdem kam es ab und an auch in der vergangenen Amtsperiode zu schwarz-grünen Mehrheiten. Das bekannteste Beispiel dafür war wiederum eine Personalie: Im Sommer 2006 wählten CSU und Grüne – rosa liste die parteifreie Pädagogik-Professorin Maria Kurz-Adam zur neuen Chefin des Jugendamts. Die Verbitterung bei vielen Genossen, deren Stadträtin Brigitte Meier das Nachsehen hatte, war groß.

Schwarz-grüne Berührungen gab es darüber hinaus in der Kulturpolitik:

So stimmte die CSU dem Vorschlag von Siegfried Benker zu, im Großen Sitzungssaal des Rathauses wieder das Monumentalgemälde „Monachia“ anzubringen, das Karl von Piloty im 19. Jahrhundert eigens für diesen Ort gemalt hatte. Während des 2. Weltkrieges war die „Monachia“ ausgelagert worden und konnte nun, nachdem sich der Stadtrat mit der denkbar knappesten Mehrheit von 41:40 Stimmen dafür ausgesprochen hatte, zurückkehren.

Aufsehen erregte auch die schwarz-grüne Mehrheit für „Mae West“, eine über 50 m hohe Skulptur, die am Effnerplatz über dem neuen Tunnel am Mittleren Ring“ errichtet werden wird. Die amerikanische Künstlerin Rita McBride hatte den Wettbewerb gewonnen und ihr Werk war von der zuständigen Kommission empfohlen worden. SPD und OB wollten sie trotzdem nicht, aber Grüne und CSU setzten sich durch.

In der Verkehrs- und Planungspolitik sind schwarz-grüne Mehrheiten eine ausgesprochene Rarität und auf Entscheidungen von eher lokaler Bedeutung begrenzt. So gab es z.B. im Juli eine schwarz-grüne Mehrheit für die Situierung des Supermarkts am Rand des Neubauviertels Ackermannbogen statt in dessen Mitte. Ein anderes Beispiel ist der geplante Tunnel für Radfahrer und Fußgänger unter der Kapuzinerstraße, den die SPD aus schwer nachvollziehbaren Gründen nicht wollte, CSU und Grüne sorgten für die Mehrheit. Das war es dann aber auch schon mit Schwarz-Grün in der Verkehrs- und Planungspolitik.

Bei Neonazi-Demos kommt es regelmäßig zu dieser individuellen schwarz-grünen Kooperation mit CSU-Stadtrat Offmann.

Bei der Suche nach politischen Schnittmengen zwischen CSU und Grünen fällt aber natürlich auch ins Gewicht, welche Beschlüsse von Rot-Grün die CSU mitträgt und auf Opposition verzichtet. Da sind ja durchaus gewisse Modernisierungstendenzen festzustellen, z.B. beim Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies war lange eine scheinbar unüberwindliche ideologische Hürde für die CSU, jetzt wird sie immer brav übersprungen – ja, man kündigt sogar Weltrekorde an. Wer mag sich da schon noch daran erinnern, wie viel Kindergartenplätze die CSU in München geschaffen hat, als sie hier zuletzt an der Regierung war? (Null). Selbst die Einrichtung eines schwullesbischen Jugendzentrums ist kein Tabu mehr für die CSU: „Diversity“ in der Blumenstraße kann sich über die Unterstützung auch der Konservativen freuen.

Wer die CSU über die Jahre beobachtet, weiß ohnehin, dass sie ein Naturphänomen ist, für das Galileis geflügeltes Wort gilt: „Und sie bewegt sich doch“ - nur eben sehr, sehr langsam.

Markus Viellvoye

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste
Tel.: (089) 233 92 620
Fax: 089 233 92 684
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:
Siegfried Benker
siegfried.benker@muenchen.de
Lydia Dietrich
lydia.dietrich@muenchen.de

Büro 3. Bürgermeister
Hep Monatzeder
Tel. 233 92 482
Büroleitung:
Dr. Sylvia Franzl
www.hep-monatzeder.de

Grünes Stadtbüro:
(täglich von 15-18 Uhr)
Sendlingerstr. 47, 80331 München
Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14
stadtbuero@gruene-muenchen.de
www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:
Annette Louis, Liane Rohen,
Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:
Florian Vogel,
flo.vogel@gruene-muenchen.de
Anke Wittmann
anke.wittmann@gruene-muenchen.de

Grüne Jugend München:
Judith Greif, judithgreif@gmx.de
Fabian Hamak, fabian.hamak@stusta.de

Inhaber und Verleger: Stadtratsfraktion Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München.
Redaktion: Markus Viellvoye (verantwortl.), Alexandra Weiß, Tassia Fouki, Sabine Gehring, Herrad Meese. Druck: Ulenspiegel Druck und Verlag, Birkenstraße 3, 82346 Andechs.